

Neue Pläne für die B3-Umfahrung

Einstimmiges Votum im Gemeinderat für eine abgespeckte Variante

Seit Ende der 1970er-Jahre plant die Stadt einen Ausbau der B3-Umfahrung und damit die Entlastung der Ortsdurchfahrt Zähringens. Mittlerweile haben sich viele Rahmenbedingungen verändert – nicht zuletzt die Baukosten. Jetzt hat die Verwaltung Planungen für eine abgespeckte, aber nicht minder wirksame Variante vorgestellt und vom Gemeinderat dafür einstimmig Unterstützung erhalten.

Die ursprünglichen Planungen sind von einem Ausbau der Isfahanallee auf je zwei Fahrstreifen pro Richtung ausgegangen, als „leistungsfähige, anbaufreie Hochleistungsstraße“, wie es im schönsten Verkehrsplanungsdeutsch in der Beschlussvorlage heißt.

Das klingt nicht nur sehr technisch, sondern in Zeiten der Verkehrswende tatsächlich wie aus einem anderen Jahrhundert. Vor diesem Hintergrund und angesichts der mittlerweile auf über 50 Millionen Euro geschätzten Projektkosten ist der Gemeinderat vor zwei Jahren dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, neue Ausbauvarianten zu prüfen. Die Ergebnisse dieser Prüfung liegen jetzt vor und bilden nach dem einstimmigen Votum des Gemeinderats nun die Grundlage für das weitere Vorgehen.

Nur zwei statt vier Spuren

Es bleibt bei der bisher geplanten Trassenführung über die Isfahanallee, allerdings mit deutlich reduziertem Ausbaustandard: Statt zwei gibt es nur noch eine Fahrspur je Richtung, statt 80 wird Tempo 50 vorgesehen. Damit können der Flächenverbrauch und die Kosten erheblich reduziert werden. Zugleich zeigen Rechenmodelle, dass die gewünschte Entlastung Zähringens trotzdem erreicht wird. Um Schleichverkehre zu vermeiden, ist außerdem die Schließung der Bahnunterführung in der Hinterkirchstraße für den Autoverkehr geplant.

Weitere Vorteile der neuen Planung: Die Radverkehrsachse nach Norden lässt sich besser integrieren, es müssen weniger Bäume gefällt werden, es braucht weniger Lärmschutzmaßnahmen, und der Bau ist in mehreren Abschnitten möglich. Kurzum: Trotz einer Kostenreduktion um etwa 25 Prozent ist die neue Planung insgesamt verkehrlich und städtebaulich „günstiger oder zumindest vergleichbar“, so die Vorlage.

Zum weiteren Vorgehen: Nach einer Änderung der Planungen und Gutachten könnte Ende 2024 die Offenlage und Ende 2025 der Satzungsbeschluss erreicht werden. Ein Baubeginn 2026 wäre demnach möglich. Die Verwaltung rechnet damit, dass rund 60 Prozent der Planungs- und Baukosten als Zuschuss von Bund und Land zu erwarten sind – das wären 15 bis 20 Millionen Euro.

Stadttunnel bringt gewünschte Entlastung

Verkehrsuntersuchung der Autobahn GmbH bestätigt Erwartungshaltung

Mit einer detaillierten Untersuchung hat die für den Bau des Stadttunnels zuständige Autobahn GmbH die Auswirkungen des Freiburger Jahrhundertprojekts ermittelt. Das Ergebnis bestätigt die Erwartungshaltung der Stadt: Die Entlastungswirkung der künftigen A 860 wäre enorm.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass sich mit dem Stadttunnel der oberirdische Verkehr drastisch verringert. Für das Prognosejahr 2040 stellt das Gutachten – je nach Planungsvariante und Straßenabschnitt – eine Reduzierung des Gesamtverkehrs um 65 Prozent und beim Lkw-Verkehr sogar um 75 Prozent fest.

Breites Fundament

In die Berechnungen ist eine Vielzahl von Annahmen eingeflossen: Große geplante Straßenverkehrsprojekte wie der Ausbau der A 5 südlich von Offenburg sind ebenso berücksichtigt wie der neue Stadtteil Dietenbach und der zu erwartende Bevölkerungszuwachs. Dazu kamen umfangreiche Verkehrszählungen an der B 31 und den wichtigsten Verbindungsstraßen, um den Status quo festzustellen. Die Zählungen fanden im Juli und Oktober 2019 statt, also vor der Coronapandemie und selbstverständlich außerhalb der Ferien.

Dank Kennzeichenverfolgung konnte auch ermittelt werden, wie hoch der Anteil von Durchgangsverkehr in Freiburg ist – und zwar in allen denkbaren Richtungen: von Osten kommend nach Süden, Norden oder Westen sowie von Westen kommend nach Osten, Süden oder Norden.

Wenig überraschend liegt die Ost-West-Achse hier weit vorne – und der Lkw-Anteil liegt beispielsweise vormittags bei 50 Prozent des Gesamtverkehrs.

Drei Varianten im Vergleich

Untersucht wurden drei Varianten: Der „Prognosenullfall“ zeigt, wie sich der Verkehr entwickeln würde, wenn es keinerlei Änderungen am Straßennetz gäbe, also auch kein Stadttunnel gebaut werden würde. „Planfall 1“ ist die für die Autobahn GmbH maßgebliche Variante: Ein in beiden Richtungen zweispuriger Tunnel, aber ohne Rückbau der oberirdischen Straßen. „Planfall 2“ geht davon aus, dass der Tunnel gebaut wird und gleichzeitig oberirdisch ein Rückbau auf jeweils einen durchgehenden Fahrstreifen je Richtung plus Abbiegespuren erfolgt.

Bis zu 74 Prozent im Tunnel

Die Ergebnisse sprechen für sich (s. Tab. auf S. 3). Ohne Tunnel ergäbe sich bis 2040 eine spürbare weitere Verkehrsbelastung auf der B 31. Im Planfall 1 würden sich 57 bis 74 Prozent des Verkehrs in den Tunnel verlagern. Noch höher wird dieser Anteil, wenn ein oberirdischer Rückbau stattfindet: dann würden sogar mindestens 64 Prozent den Tunnel befahren. Der Gesamtverkehr würde durch den Tunnelbau zwar zunehmen, mit nur zwei Prozent aber in sehr geringem Ausmaß. Zu beachten ist, dass an einer Stelle im Straßennetz im Gegenzug eine erhebliche Mehrbelastung entsteht: Weil sich der Verkehr Richtung Innenstadt zum großen Teil auf die Bahnhofsachse verlagern würde, wären in der Heinrich-von-Stephan-Straße täglich rund 7500 Autos mehr unterwegs als heute.

Haag: „Spielräume nutzen“

Für Verkehrsbürgermeister Martin Haag ist die Verkehrsprognose eine Bestätigung der bisherigen Annahmen: „Diese immensen Verlagerungen von Pkw- und insbesondere Lkw-Verkehr in den Tunnel bewirken eine enorme Entlastung der oberirdischen Straßenräume entlang der Dreisam und eine immense Verbesserung für die Anwohnenden und sonstigen Nutzerinnen und Nutzer dieser Straßen.“ Haag sieht deswegen große Spielräume für die Umgestaltung des gesamten öffentlichen Raums auf beiden Seiten der Dreisam sowie in der Leo-Wohleb- und der westlichen Schwarzwaldstraße. „Diese Spielräume möchten wir für die Stadt nutzen und werden auf dieser Grundlage die konzeptionellen Überlegungen für die Räume entlang der Dreisam weiterentwickeln.“

Interessantes Erklärvideo

Anfang Dezember werden die Autobahn GmbH und die Stadt Freiburg das Fachgutachten in einer öffentlichen Infoveranstaltung vorstellen und gleichzeitig die weiteren Schritte im Projekt aufzeigen. Wer sich vorab informieren möchte: Auf der Projektseite www.stadttunnel-freiburg.de ist das vollständige Gutachten unter der Rubrik „Informationen“ abrufbar. Dort gibt es auch ein sehr anschauliches Video, in dem das komplexe Fachgutachten sehr einfach erläutert wird.

www.stadttunnel-freiburg.de

Trauer um Renate Buchen

In der Nacht auf Mittwoch ist die langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Buchen nach schwerer Krankheit verstorben. Die 1948 in Düsseldorf geborene frühere Medizinisch-Technische Assistentin kam 1988 aus beruflichen Gründen aus Berlin nach Freiburg. 1992 wählte ihre Partei sie zur Kreisvorsitzenden. 1994 zog sie erstmals in den Gemeinderat ein. Dieses Mandat konnte sie in fünf weiteren Kommunalwahlen stets mit sehr guten Ergebnissen verteidigen. In ihrer fast 30-jährigen Ratszugehörigkeit hat sie ihre Fraktion in fast allen Ausschüssen und Aufsichtsräten vertreten. Von 2004 bis 2019 war sie Vorsitzende ihrer Fraktion. In diese Zeit fielen auch drei aus SPD-Sicht erfolgreiche Bürgerentscheide, an denen sie maßgeblich beteiligt war: Stadtbau, Stadion, Dietenbach. Für Renate Buchen rückt Ludwig Striet (Jahrgang 1991) in den Gemeinderat nach.

Querformat

Angst? Ich doch nicht!

„Ich bin zwar nicht so groß und stark wie du, dafür aber doppelt so frech und mutig“, scheint das kleine Mädchen dem Riesendino zuzurufen, der kürzlich im Museum Natur und Mensch eingezogen ist. Mit aufgerissenem Maul und scharfen Zähnen bricht der Allosaurus durch eine scheinbar zusammenstürzende Wand im „Zeitraum“ des Erdgeschosses. Das Museum hat mit dem täuschend echt wirkenden Kopf-Hals-Modell den Wunsch vieler Kinder und Dino-Fans erfüllt. Zum 125. Jubiläum des Hauses in der Gerberau waren sie 2020 vom Museums-Team nach ihrem Lieblingsexponat gefragt worden. Knapp 400 gemalte, skizzierte und geschriebene Vorschläge gingen ein, darunter Schlangen, Pferde, Meteoriten und – ganz oben auf der Wunschliste – ein Dino. Der neue Museumsmitbewohner zählte zu den größten fleischfressenden Dinos und lebte vor rund 150 Millionen Jahren in Europa. Er konnte zwölf Meter lang, bis zu fünf Meter hoch und rund 1,5 Tonnen schwer werden. Damit ähnelte er seinem berühmten, nicht minder schrecklichen Verwandten, dem Tyrannosaurus rex. Was die junge Museumsbesucherin aber nicht zu kümmern scheint...

Drei Fragen an Philine Weyrauch-Herrmann

Direktorin der Volkshochschule Freiburg (VHS)

Seit einem Jahr ist die gebürtige Freiburgerin Philine Weyrauch-Herrmann Leiterin der hiesigen VHS. Bei ihrem Amtsantritt betonte die promovierte Politologin und Diplom-Kulturwirtin, dass die Volkshochschule ein offenes Haus sein und bleiben soll.

1. Das Motto Ihres aktuellen Programms ist „Leichtigkeit lernen“. Wie passt das zur aktuellen Weltlage mit Krieg in der Ukraine, Coronapandemie und Klimakrise?

Mit diesem Motto wollen wir die Menschen dazu einladen, mutig und aktiv zu sein angesichts der aktuellen Weltlage und ihrer Krisenhaftigkeit. „Lernen“ bedeutet immer, sich in Richtung Zukunft zu bewegen. Wer lernt, entwickelt sich weiter und entdeckt Handlungsoptionen. So erfährt man im Seminar „Glück im Alltag – Schätze finden statt Probleme suchen“, wie man eigene Ressourcen erkennt und bewusst einsetzt. Im Kurs „Klimafit – Klimawandel vor unserer Haustür“ erhält man Anregungen, was man konkret zum Klimaschutz beitragen kann.

2. Apropos leicht: Wie „leicht“ ist es, die VHS in Freiburg zu leiten? Wie ist die Bilanz nach Ihrem ersten Jahr?

Es ist eine vielfältige Aufgabe, die gerade in der Zusammenarbeit mit dem sehr dynamischen Team, den engagierten Kursleitenden und einem großen Netzwerk in Freiburg Freude macht. Und wenn eine Aufgabe Freude macht, ist sie in der Regel leichter. Natürlich hat die Coronapandemie auch bei uns Spuren hinterlassen. Mit dieser Herausforderung haben viele Kultur- und Bildungseinrichtungen derzeit zu tun. Aber sie hat auch positive Neuerungen gebracht, zum Beispiel viele neue Lernformate.

3. Trotz Coronapandemie wollten Sie, dass die VHS offen bleibt. Gibt es Menschen, für die Sie Ihr Haus besonders öffnen möchten?

Die VHS Freiburg ist seit über 100 Jahren ein Lernort mitten in der Stadt. Uns ist es besonders wichtig, ein offenes Haus zu sein für alle Menschen, die gerne im Austausch mit anderen sind und in den verschiedenen Bereichen lebenslang lernen möchten.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Klimaziele verschärft

Erst letztes Jahr haben wir mit der Klimaschutzoffensive unser Klimaziel auf 2038 vorgezogen, nun legt die Stadt noch mal nach und plant, bis 2035 klimaneutral zu sein. Die aktuelle Klimabilanz der Stadt verdeutlicht: Eine Verschärfung der Ziele ist notwendig und sinnvoll. Obwohl in Freiburg die Treibhausgasemissionen vor allem im Bereich Energie gesenkt wurden, verursachen wir pro Einwohner*in und Jahr im Schnitt 1250 Euro Klimafolgekosten, die die Gesellschaft in Zukunft bezahlen muss.

Stadträtin Sophie Schwer dazu: „Auch wenn wir als Kommune nur ein Drittel der Klimaziele alleine stemmen können – wir müssen einen Zahn zulegen. Eine kleine, aber wichtige Stellschraube ist das Programm „Klimafreundlich Wohnen“, für das wir künftig mehr Mittel zur Verfügung stellen. Besonders gefördert werden sollen eine bessere Wärmedämmung von Häusern und Heizungen, deren Wärmequelle aus erneuerbaren Energien kommt. Diskutieren müssen wir in dem Zusammenhang dringend das Thema Wohnfläche pro Einwohner*in – denn die nimmt konstant zu. Durch effiziente Nutzung des Platzes kann ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.“

Das 49-Euro-Ticket kommt

In einem Brief an den Verkehrsminister haben wir die Herausforderungen geschildert und gebeten, diese Punkte zu beachten. Stadtrat Tim Simms dazu: „Bei aller Freude über das 49-Euro-Ticket dürfen wir nicht vergessen, dass sich der ÖPNV in einer schwierigen Lage befindet: Lokale Tarife müssen wegen Inflation und Kostensteigerung deutlich angehoben werden, Strecken wollen ausgebaut werden, die Kosten hängen zum großen Teil an den Kommunen. Hier brauchen wir nicht nur Hilfe bei Tarifabsenkungen, sondern vor allem bei dem Angebotsausbau. Ein vergünstigtes Ticket bringt nichts, wenn der Zug nicht fährt.“

Zum 49-Euro-Ticket ergänzt Simms: „Wir haben Sorge, dass das gewählte System nicht kompatibel mit unserem Sozialticket ist. Eine bundesweite Sozialticket-Lösung wäre auch in Hinblick auf Gleichheit der Lebensverhältnisse der bessere Weg.“

Städtepartnerschaft mit Isfahan überdenken

Seit dem Tod von Mahsa Amini zieht es zahlreiche Iranerinnen und Iraner auf die Straße. Doch das Regime geht gegen die landesweiten Proteste hart vor: Über 300 Menschen wurden durch das Einschreiten der Sicherheitskräfte bereits getötet – darunter etwa 50 Minderjährige. Mehr als 14000 Menschen sind inhaftiert. Internetseiten und soziale Medien werden weiterhin gesperrt, kritische Medienbetriebe geschlossen und Initiativen, unter anderem für mehr Frauenrechte, blockiert. Die Stadt Freiburg pflegt als einzige deutsche Stadt eine Städtepartnerschaft im Iran mit der Stadt Isfahan und wird dafür auch immer wieder kritisiert. Auch wir verurteilen das gewaltsame Vorgehen des Regimes und die systematische Verletzung der Menschen- und Bürger*innenrechte im Iran zutiefst. Wir sind in Gedanken bei allen Betroffenen und all denjenigen, die aktuell ihr Leben bei den Protesten riskieren.

Die aktuellen Ereignisse machen es daher notwendig, als demokratisch gewählte Vertretung der Freiburger Bürgerschaft über die Lage im Iran und die Bedeutung für die bestehende Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan zu debattieren. Wir haben mit anderen Fraktionen beantragt, das Thema noch in diesem Jahr im Gemeinderat zu behandeln und die Städtepartnerschaft kritisch zu überdenken.

Eine Stadt für alle

Beteiligung zum Doppelhaushalt 2023/24

In diesem Jahr gab es durch die Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement endlich einen kleinen Fortschritt, indem man 50 Interessierte zu einem Dialogverfahren einlud; also kein Losverfahren, keine allgemeine Einladung und nur 50 Menschen in einer Stadt mit über 200 000 Einwohner:innen. Aber endlich ein Gespräch für Interessierte! Danke an alle, die teilnahmen!

Reale Einflussmöglichkeiten erhöhen

Bislang litt der Beteiligungshaushalt in Form eines Online-Haushalts in den letzten Jahren unter immer den gleichen Beteiligten, auch wenn online herzlich diskutiert wurde. Wir finden: Das Ziel eines Beteiligungshaushalts muss die Erhöhung der realen Einflussmöglichkeiten der Bürger:innen auf die Entscheidungen für den städtischen Haushalt sein. Das Verfahren sollte in erster Linie dazu dienen, dass die Bürgerschaft ihre Prioritäten der städtischen Aufgabenbereiche erarbeitet. Möglichst viele Bürger:innen aller Stadtteile, unterschiedlichster (sozialer) Herkunft, Generationen und Geschlechter sollten aktiv am Beteiligungsprozess mitarbeiten können. Bürgervereine, Stadtteilsozialarbeit und die vielen bereits vorhandenen Netzwerke sind in Stadtteilforen einzubinden.

Stadtteilversammlungen einführen

Kernstück des Beteiligungsverfahrens sollten Stadtteilversammlungen sein: vier stadtübergreifende Themenforen zu Stadtplanung, Bildung, Soziales + Kultur, Umwelt + Verkehr, Wirtschaft + Arbeitsplätze und auch Internetforen. Sie gewährleisten Bürgernähe und vor allem einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozess. Die Ergebnisse sollten dann durch Delegierte auf einer halbtägigen Konferenz in eine stadtübergreifende Prioritätenliste münden. Eine solche Beteiligungsform ist natürlich nicht innerhalb von 14 Tagen vor der Vorlage eines Doppelhaushalts möglich, sondern ist langfristig anzulegen.

Jugend muss beteiligt werden

Es gab allerdings auch einen Rückschritt in dem neu angelegten Beteiligungsverfahren: Die Freiburger Jugend wurde schlicht vergessen, obwohl sie verbindlich zu beteiligen ist. Der frühere Start in den Beteiligungshaushalt machte es dem Jugendbüro unmöglich, Schulklassen dafür zu gewinnen. Zudem war das über ein ganzes Wochenende dauernde neue Dialogverfahren nur an Ü18 gerichtet, ein jugendgemäßes Format ist dies nicht. Hier muss also nachjustiert werden, um zu gewährleisten, dass auch die Vorstellungen von Jugendlichen im Haushalt Gehör finden.

(Anne Reyers)

SPD/Kulturliste

Wir trauern um Renate Buchen

In großer Trauer und tief empfundenem Schmerz nehmen wir Abschied von unserem Fraktionsmitglied, unserer langjährigen Fraktionsvorsitzenden, lieben Freundin, Genossin und Weggefährtin Renate Buchen, die in der Nacht auf den 9. November nach langer Krankheit verstarb.

Renate Buchen war bereits seit 1982 Mitglied der SPD und wirkte nach ihrem Umzug von Berlin nach Freiburg seit 1992 kontinuierlich zunächst als Kreisvorsitzende und ab 1994 als Gemeinderätin für die SPD-Fraktion und die heutige Fraktionsgemeinschaft der SPD-Kulturliste. Für viele Jahre, von 2004 bis 2019, hatte sie überdies den Fraktionsvorsitz der SPD-Fraktion inne. Ihr Engagement in zahlreichen Ausschüssen, Gremien und auch außerhalb der Partei ist kaum zu überblicken. Besonders am Herzen lagen ihr die Themenfelder Bauen, Stadtentwicklung und Sozialpolitik, die sie mit großem Gestaltungswillen und viel Überzeugungsarbeit über die Jahrzehnte nachhaltig verändern und prägen konnte, auch in Zeiten, in denen hierfür Widerstände im Rathaus zu überwinden waren. Hervorzuheben ist dabei der erfolgreiche Bürgerentscheid von 2006, die stadteigenen Wohnungen nicht zu verkaufen. Ihrem Herzensthema, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, galt auch der Einsatz für den Beschluss zum Bau des neuen Stadtteils Dietenbach und ihr Engagement hierfür im ebenso erfolgreichen Bürgerentscheid. Wir haben ihre Kompetenz, ihre Leidenschaft, ihre kollegiale Solidarität und ihre Herzengüte stets sehr geschätzt und werden Renate Buchen als engagierte, in all ihrem Wirken auf das Gemein(schafts)wohl in der Stadt Freiburg und darüber hinaus bedachte Politikerin wie als stets wachen und herzlichen Menschen sehr vermissen. Wir werden ihr in unseren Herzen und unseren Reihen ein ewiges Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie, ihren Angehörigen und engen Weggefährten.

Auf dem Weg zur Energiewende

Vor dem Hintergrund der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Energiekrise hat unsere Fraktion im Juli beantragt, dass die Stadt ihre Energiesparpotenziale prüft. Schon im Sommer waren Privathaushalte, Betriebe und öffentliche Einrichtungen vom sinkenden Energieangebot und von steigenden Energiepreisen betroffen. Wir waren früh überzeugt, dass viele Bürger:innen dadurch über den notwendigen Klimaschutz hinaus ein neues Verständnis für das Energiesparen bekommen haben. Mit unserem Antrag wollten wir dieses Bewusstsein im positiven Sinne als Katalysator nutzen und die Energiewende im Rahmen der städtischen Möglichkeiten weiter voranbringen.

CDU-Fraktion beantragt Prüfung von Energiesparpotenzialen

Freiburg schreitet als Green City voran und hat bereits viel in Energieeffizienz und nachhaltige Energien investiert. Wir wollten wissen, ob nicht noch mehr möglich ist. Oft kann mit überschaubarem Aufwand ein bedeutender Spareffekt erzielt werden. Jedes Kilowatt zählt. Deshalb haben wir beantragt, alle Bereiche auf kurzfristige Energiesparmaßnahmen zu überprüfen und diese – soweit möglich – umzusetzen. Dabei dachten wir etwa an Heizung, Klimatisierung und Beleuchtung städtischer Gebäude oder an eine ressourcenschonendere Gremienarbeit. Zudem sollte die Stadtverwaltung eine Aufklärungs- und Werbekampagne für das Energiesparen initiieren.

Stadt legt Maßnahmenkatalog und PR-Kampagne vor

Die Stadtverwaltung hat nun eine Vorlage erarbeitet, die dem Gemeinderat am 22. November vorgelegt wird. Der darin enthaltene Maßnahmenkatalog bündelt die städtischen Energiesparmaßnahmen. „Unsere Fraktion ist zufrieden mit dem ersten dargestellten Ergebnis. Uns allen ist bewusst, dass der große Wurf beim Energiesparen nicht von heute auf morgen funktionieren kann. Die Drucksache zeigt, dass die Stellschrauben bekannt sind, und auch, dass bereits daran gearbeitet wird“ (Dr. Carolin Jenkner). Zudem sind wir sehr erfreut, dass die Stadt nach unserem Antrag eine PR-Kampagne inklusive einer Landingpage „Freiburg spart Energie“ auf www.freiburg.de veröffentlicht hat und das Thema regelmäßig über Social Media und das Amtsblatt aufgreifen wird.

Wir sind fest überzeugt, dass wir im Zusammenspiel von Stadt, Gemeinderat und Freiburger Bürger:innen gemeinsamen unseren Teil zur Energie- und Klimawende beitragen können!

Möchten Sie mehr über unsere Arbeit erfahren? Melden Sie sich bei unserem Newsletter an: www.cdu-fraktion-freiburg.de/anmeldung-newsletter

Jupi

Kein Verlass auf den freien Markt

Wohnen ist ein Menschenrecht. Diese simple Wahrheit muss wieder mehr in die Mitte der kommunalen Wohnpolitik rücken. Eine wissenschaftliche Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung schafft wieder einmal Gewissheit. Der seit Jahren von konservativer und liberaler Seite beschworene „Trickle Down Effekt“ – reichere Bürger:innen ziehen in die neu gebauten, teuren Wohnungen, und ihre älteren, günstigeren Wohnungen werden frei für Bürger:innen mit weniger Einkommen – findet schlichtweg in Freiburg nicht statt.

Stattdessen empfiehlt die Studie „eine gezielte Bereitstellung von Bauland für Genossenschaften, Baugruppen und Seniorenwohnungen sowie für die unteren Preissegmente“. Und weiter wird empfohlen: „dass Neubauten nicht nur quantitativ in ausreichender Form zur Verfügung gestellt werden müssen, sondern dass die Bedarfe in Segmenten des bezahlbaren Wohnraums gezielt zu adressieren sind“.

Letztendlich bestätigt die Studie, was wir als Fraktion schon lange fordern. Die Stadt muss als Akteur viel stärker in den Wohnungsmarkt eingreifen, um den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum in Freiburg zu realisieren. Erst in der vorletzten Gemeinderatsitzung haben wir deshalb mit der grün-linken Mehrheit entschieden, dass die Freiburger Stadtbau mehr Geld aus dem Haushalt erhält, um in Zukunft wesentlich mehr bezahlbare Mietwohnungen zu errichten. Auch die neuen Stadtteile Dietenbach und Kleinescholz sind bisher so geplant, dass dort primär bezahlbarer Wohnraum entstehen soll. Diese Beschlüsse dürfen jetzt nicht weiter aufgeweicht werden.

Doch auch diese Maßnahmen werden nicht ausreichen. Zu lange hat die Freiburger Stadtpolitik das Thema bezahlbaren Wohnraum in der Vergangenheit nicht ernst genug genommen.

Wir müssen in Zukunft alle Werkzeuge benutzen, die wir als Kommune haben, um Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen.

Dazu gehört:

1. Eine ergebnisoffene Prüfung von Flächen, auf denen kostengünstiger Wohnungsbau realisierbar ist.
2. Mehr Bestandsschutz für schon bestehende günstige Wohnungen mithilfe von Erhaltungssatzungen.
3. Der gezieltere Bau von Wohnungen für Großfamilien und besonders von Wohnungslosigkeit betroffene Bevölkerungsgruppen.

FDP/Bürger für Freiburg

Höherer Stellenwert für den Breitensport

Freiburgs Sportvereine sind eine Lebensader für die Stadt. Natürlich sind wir stolz auf die Damen und Herren, die uns deutschland- und europaweit in den Jerseys des SC, der Eisvögel oder der Wölfe vertreten. Aber auch abseits der vollen Hallen und Stadien hat Freiburg im Breitensport einiges zu bieten. Die vielen kleineren Vereine, die Anlaufstelle sind für ganze Stadtteile oder für Anhänger*innen von Sportarten, die in Deutschland keine großen TV-Verträge haben, leisten einen entscheidenden Beitrag, Freiburg zu der lebenswerten Stadt zu machen, die es ist.

Es mangelt an allen Ecken an Hallen- und Platzzeiten, Infrastruktur und Equipment. Der Rugbyclub Freiburg kann nicht in die 2. Bundesliga aufsteigen, da es auf dem Platz weder Umkleiden noch Toiletten gibt. Nachdem das Damenteam des SC ins Schwarzwaldstadion umgezogen ist, fehlen Blau-Weiß Wiehre jedes Jahr zehntausende Euro. Dabei sind die Anlagen dort bereits jetzt marode. Der SV Solvay soll auf das Gelände der Alemannia Zähringen umziehen, dabei hat die Alemannia für die eigene Jugend nicht genug Flächen. Hier kann Freiburg mehr tun und steht in der Pflicht.

Der Platz in Freiburg ist begrenzt. Sportflächen stehen im Wettbewerb mit Wohnraum, Verkehrsflächen und Erholungsgebieten. Aber zu oft ziehen die Sportflächen dabei den Kürzeren. Eine wachsende Stadt braucht auch mehr Sportflächen. Ob Eishalle, Schwimmbad oder Rugbyplatz: Das Bereitstellen von Flächen für den Breitensport ist eine städtische Kernaufgabe. Wohnraum können auch Private bauen, Breitensportvereine sind aber auf die Unterstützung durch Stadt und Bürgerschaft angewiesen. Aus Sicht der Stadt ist der Ausbau des Breitensports eine Investition in die Lebensqualität für alle Menschen in Freiburg. Unsere Fraktion hat daher das Ziel, einen umfassenden Sportentwicklungsplan in Freiburg aufzusetzen, der dem Breitensport neue Perspektiven eröffnet – gleichberechtigt mit den anderen Zielen der Stadtentwicklung.

Freie Wähler

So ein Müll!

Wieder einmal eine medienwirksame Aktion unseres Oberbürgermeisters. Immer nach der gleichen Methode: viel Werbung, viel Aufsehen und viele Posts. Der Sinn und der Inhalt der Aktionen sind zweitrangig. Kosten: EGAL!

„Nun also der Müll“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kai Vesper, „was an und für sich zu begrüßen ist.“ Die Umsetzung ist jedoch – einmal mehr – fraglich: Viele teure Fotos sowie Plakate der aufwendigen Werbekampagne „augen-auf!freiburg“

Gemeint ist die sicherlich gute Absicht, Müll zu vermeiden und, wenn er schon anfällt, ordentlich zu entsorgen. Richtig ist, dass die Vermüllung der Stadt zunehmend voranschreitet. Die eigentliche Botschaft der Kampagne war jedoch die Ankündigung – zumindest temporär –, Verstöße mit hohen Bußgeldern ahnden zu wollen.

Schade nur, dass mit Unterstützung des Oberbürgermeisters genau das Personal abgeschafft wurde, das in der Lage gewesen wäre, der Vermüllung durch Straßenpräsenz und Überwachung entgegenwirken zu können. Denn bekanntermaßen war es seine Stimme, die den Ausschlag dafür gab, dass der Kommunale Ordnungsdienst bis zur Unkenntlichkeit verkleinert wurde.

So mutet es fast zynisch an, wenn nun so getan wird, als ob Mitarbeiter, die es faktisch nicht gibt, mit der Ahndung von Verstößen in Sachen Müll beauftragt werden. Das angekündigte Aufstellen zusätzlicher Abfallbehälter wird da auch nicht helfen.

Aber wen interessiert das schon. Hauptsache, die Plakate sind schön. Eine Diskrepanz, die den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend bewusst wird.

AfD

G9 – jetzt!

Die Wirtschaft hatte den Takt vorgegeben bei der Einführung des G8. Die CDU hatte 2004 das Turboabitur eingeführt, Kritik daran ist – zu Recht – nie verhallt. Die zweifelhafte Idee, bei der Bildung einfach das Fließband schneller zu stellen, wurde dann auch noch schlecht umgesetzt. Überfrachtete Lehrpläne, Schüler, die weniger Zeit für Jugendgruppen, Sport- oder Musikvereine haben, gestresste Eltern als Folge. Zwar gibt es in Freiburg mit dem Wentzinger ein ausgezeichnetes G9-Gymnasium im Freiburger Westen, dies aber platzt aus allen Nähten, kann mit der Nachfrage nicht mithalten. Für Freiburg und für Baden-Württemberg gilt daher: zurück auf Los und zum bewährten G9 bei gleichzeitiger Förderung des dreigliedrigen Schulsystems.

Elterninitiative unterstützen www.g9-jetzt-bw.de

Trotz vehementer Forderung, G9 wieder flächendeckend zuzulassen, konnte sich die Landesregierung nur zu einem faulen Kompromiss durchringen. Es soll lediglich eine Verlängerung des „Modellversuchs“ G9 geben, wohl weil die Grünen lieber Gemeinschafts- und Gesamtschulen im schon schwer durchschaubaren Dickicht eines kaputtreformierten Schulsystems durchdrücken wollen. Zum Glück hat sich nun eine Elterninitiative gegründet, die Unterschriften für einen Volksantrag sammelt. Lediglich ca. 39 000 sind notwendig, am Ende steht vielleicht ein Volksbegehren, welches den Weg zum flächendeckenden G9 wieder öffnet. Ab Sonntag, 12.11.2022, können Sie unterschreiben. Machen Sie mit.

Freiburg Lebenswert

Globales Interesse an Schul- und Kitaessen

Unbedarften schien die Entscheidung zum Schul-/Kitaessen nebensächlich zu sein. Ging es doch nur darum, die Essenszubereitung durch ein statt wie bisher zwei Essensangebote einfacher und damit für Stadt und Eltern preisgünstiger zu gestalten. Es wird der Tisch mit einem Menü gedeckt, das in mehreren Schüsseln gereicht wird. Jedes Kind nimmt sich, was es mag. Das ist die einfachste Art der Essensdarbietung, jedes Kind sollte es von daheim kennen, wo schließlich auch keine Auswahl aus zwei Essen angeboten wird. Die soziale Funktion des Essens wird gestärkt, es gibt keinen „Neid“ unter den Kindern, was bei zwei Menülinien oft der Fall ist.

Und da Fleisch aus Gründen des Tierwohls, des Klimaschutzes oder der Religion nicht bei allen Eltern auf Zustimmung stößt, ist der gemeinsame Nenner ein vegetarisches Essen aus regionalem Anbau. Fleisch können die Eltern daheim auf-tischen. Dass dies in ganz Deutschland zu einem Aufschrei geführt hat, meist mit dem Tenor der ideologischen Bevormundung, war überraschend genug. Fasziniert hat allerdings, dass die US-amerikanische Nachrichten- und Meinungswebsite Breitbart, bekannt vor allem durch Falschmeldungen und das Verbreiten von Verschwörungsideologien, und Ted Cruz, Klimawandelleugner und Senator von Texas, gegen diese Entscheidung des Freiburger Gemeinderats zu Felde zogen. Wer solche Kritiker hat, muss wohl alles richtig gemacht haben.

„Ohne Scheu alles raus, was drückt“

Bei „OB vor Ort“ in Kappel ging es in konstruktiver Stimmung um Windräder, Kitas und den öffentlichen Nahverkehr

Für einen direkten Austausch mit dem Oberbürgermeister kamen an einem Freitagabend Ende Oktober rund 70 Menschen in die Mehrzweckhalle in Kappel. Während die Bürgerinnen und Bürger hier vor wenigen Wochen noch das 750-jährige Jubiläum des Ortes feierten, ging es bei „OB vor Ort“ vor allem um die Zukunft.

„Wir erleben erhitzte Zeiten – national und international“, leitete Oberbürgermeister Martin Horn den Abend ein. Inflation, Fachkräftemangel, Flucht und hohe Baukosten sorgten derzeit für viel Unsicherheit. „Gerade deshalb ist es wichtig, dass man miteinander redet.“ Auch Ortsvorsteher Christoph Brender ermunterte die Kappler und Kapplerinnen: „Ohne Scheu alles raus, was drückt.“ Das ließen sich diese nicht zweimal sagen, und so ging es schnell von Thema zu Thema:

Feuerwehrhaus

Der Vorstandsvorsitzende des CDU-Ortsverbands Freiburg-Kappel erinnerte den OB an seine Zusage, dass Kappel ein neues Feuerwehrhaus bekommen solle. Der OB sicherte weiterhin seine Unterstützung zu. Das Feuerwehrhaus werde kommen. „Aber ein Haus nach dem anderen. Aktuell bauen wir in Lehen, danach ist Kappel dran. Wenn wir Geld vom Land bekommen, können wir beschleunigen.“ 2023 sei jedoch noch nicht mit dem Baubeginn zu rechnen. Die Wichtigkeit der freiwilligen Feuerwehr sei ihm bewusst, und besonders Kappel zeichne sich durch den Fokus auf die Waldbrandbekämpfung aus. „Das wird in den kommenden Jahren ein großes Thema sein. Da müssen wir uns entsprechend wappnen.“

Internet

Ein Familienvater aus dem Kleinen Tal südöstlich von Kappel beklagte das „extrem schlechte“ Internet. Das gesamte Tal leide unter der schlechten Verbindung, die Homeoffice und Onlineunterricht unmöglich mache. Zudem sei auch das Mobilfunknetz sehr dürftig. Er forderte einen zügigen Glasfaserausbau. Denn: „Ohne Internet geht es einfach nicht.“ OB Horn stimmte zu: „Da treffen sie den Nagel auf den Kopf.“ Jedoch sei der Glasfaserausbau keine städtische Aufgabe, und die Anbieter entschieden selbst, wo sie ausbauen. Die Verwaltung setze sich jedoch für ein besseres Mobilfunknetz ein. „Da laufen die Planungen für Sendemasten.“

Einbürgerung

Ein junger Mann, der 2015 aus Syrien nach Deutschland geflohen ist, sprach für viele Geflüchtete in der Region: „Ich habe versucht, einen Termin zu vereinbaren, um einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen. Auf diesen Termin musste ich eineinhalb Jahre warten.“ Anschließend seien nochmals 18 Monate Bearbeitungszeit gefolgt. Er bat den OB um schnellere Verfahren. Horn berichtete, dass vor einem halben Jahr vier weitere Stellen zur Bearbeitung der Anträge geschaffen wurden. Nun werde der Rückstand abgearbeitet. Er fügte an: „Ich hoffe, dass es in Zukunft nicht mehr so lange dauert.“ Im Vergleich zu anderen Städten stehe Freiburg jedoch gut da.

Kitaplätze

Der Schriftführer der CDU Kappel kritisierte die Anzahl der Kitaplätze in Kappel. Nur für 65 Prozent der Kinder über drei und nicht einmal für 30 Prozent der Kinder unter drei Jahren gebe es einen Platz. Bedarf sah er auch bei der Ferienbetreuung für Grundschulkinder. „Wann kann hier Entlastung geschaffen werden?“, fragte er. „In Kappel fehlt es an Kitaplätzen“, räumte der OB ein. Die Verwaltung plane und baue „so viele Kitas wie es geht“. In Kappel direkt sei jedoch aktuell keine Kita geplant, und es mangle vor allem an Erzieherinnen und Erziehern. „Das Problem ist uns bekannt, und wir versuchen sehr intensiv Fachkräfte zu gewinnen.“

Mobilität

Vom Thema Kitaplätze war es nicht weit zur Mobilität: Denn wer seine Kinder nach Littenweiler in die Kita bringen müsse, der brauche zumindest eine höhere Taktung der Busse, forderte eine Kapplerin, was ihr Applaus aus dem Publikum einbrachte. Ein weiterer Bürger berichtete über seinen morgendlichen Arbeitsweg: „Da laufe ich schneller nach Stegen, als wenn ich den ÖPNV nehme.“

Zumindest was die Anbindung ans Stadtzentrum angeht, konnte der OB Hoffnung machen. Die Stadtbahn werde zum Kappler Knoten verlängert. 2025 wird gebaut, 2027 soll dann die Linie fahren. „Hier sind wir schnell unterwegs“, so Horn. Bei den Bussen fehle es wie auch bei den Kitas vor allem an Fachkräften: „Wir bekommen die Verbindungen kaum noch besetzt“, sagte Horn.

Sporthalle

Der Vorstand des Sportvereins Kappel bat um Unterstützung für den Bau der neuen Sporthalle: „Seit 2020 haben wir das Geld zusammen für die Eigenfinanzierung. Nun haben wir mit der Erbpacht und steigenden Kosten zu kämpfen.“ OB Horn dankte für das große Engagement und versprach: „Wir werden Ihnen bei der Erbpacht und der Baugenehmigung entgegenkommen.“

Windräder Taubenkopf

Eine Frage aus dem Publikum bezog sich auf die Windräder am Taubenkopf: „Der Abstand der geplanten Windräder zu den Wohngebäuden beträgt 500 Meter. Vom Land werden aber 700 Meter angegeben. Wie kann das sein?“ Klaus von Zahn, der Leiter der städtischen Umweltschutzamts, war als Fachmann vor Ort und konnte erklären: „Die 700 Meter sind eine Empfehlung des Landes, die auch für sehr große Anlagen gilt. Entscheidend ist aber in der Praxis vor allem, wie viel Schall bei den Wohngebäuden ankommt.“ In dem Fall der geplanten Windräder auf dem Taubenkopf wurde der geplante Abstand mehrfach geprüft und nun gerichtlich bestätigt. Ein weiteres Argument gegen die Anlage sei ein vermehrtes Vorkommen von Rotmilanen gewesen. Doch auch das habe sich nach Prüfung von Gutachtern und zwei Naturschutzbehörden nicht bestätigt. „Wir hoffen, dass wir 2024 bauen“, schloss von Zahn. Oberbürgermeister Horn wies auf die aktuelle Energiekrise hin und mahnte: „Als Green City haben wir zu wenig erneuerbare Energie. Im Moment gewinnen wir mehr Energie aus Biomüll als aus Wind. Dabei bietet der Wind so viel Energie.“

Stolberger Zink

Zur Altlast „Stolberger Zink“ erläuterte Horn auf Nachfrage den aktuellen Stand. Es gebe derzeit einen neuen Anlauf, um dort eine Bebauung zu ermöglichen. Klaus von Zahn ergänzte, dass die Stadt eine Förderung vom Land bekommen könnte, wenn sie das Grundstück übernehmen würde. „Aber da sind die Kosten nicht absehbar.“ Deshalb rate er aus fachlicher Sicht davon ab. Die Verwaltung wolle das Thema nun zwei Jahre ruhen lassen und andere Möglichkeiten für den Umgang mit den Altlasten prüfen.

Zum Abschluss des Abends dankte Horn für den Austausch. Er schätze an Kappel den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger untereinander und das große Engagement. „Dass man nicht nur motzt, sondern sich engagiert. Dadurch wird vieles besser, und dabei unterstütze ich Sie.“

Die Stadt fällt kranke Bäume

Nach ausgiebigen Kontrollen werden seit Anfang November in Freiburgs Straßen und Parks kranke Bäume gefällt, um Bürgerinnen und Bürger nicht zu gefährden. Für fast jeden dieser Bäume wird ein neuer gepflanzt. Gefällt werden mussten unter anderem zwei große Rosskastanien in der Erasmusstraße und drei große Linden mit Fäulnisschäden in der Vaubanallee. Einige weitere der dortigen Linden müssen stark eingekürzt werden, um sie noch erhalten zu können. Im Möslepark sind vier große Eichen und eine Buche betroffen – hier werden allerdings, soweit möglich, größere Stammabschnitte stehen gelassen. So entstehen wertvolle Habitate für die Tierwelt.

Ein Großteil der gefällten Bäume ist bereits abgestorben oder so stark geschädigt, dass der Fortbestand nicht möglich ist. In einigen Fällen wurde außerdem festgestellt, dass Pilzbefall Fäulnis im Stamm, Stammfuß oder Wurzelbereich verursacht, sodass die Stand- und Bruchsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Dies ist auch der Fall, wenn die Stämme durch Risse geschädigt sind. Krankheiten wie das Eschentriebsterben oder Rindenkrebs sind weitere Gründe, weshalb einzelne Bäume gefällt werden müssen. In den Parks werden hauptsächlich dicht wachsende Gehölzbestände ausgelichtet, um dadurch das Wachstum der Bäume zu verbessern.

Infoabend in Landwasser

Der Platz der Begegnung ist der zentrale Platz in Landwasser. In der Umgebung liegen wichtige Orte wie die katholische und die evangelische Kirche, das Haus der Begegnung, der Quartierstreif, das Schulzentrum oder das zentrale Einkaufszentrum des Stadtteils. Auf dem Platz findet zudem der Wochenmarkt statt. Der Platz wurde mit dem Bau des Stadtteils in den 1960er-Jahren angelegt. Jetzt stehen einige Veränderungen an. Das Einkaufszentrum wurde bereits abgebrochen und wird durch ein neues in Kombination mit Wohnungen ersetzt.

Der Platz wurde für den Bau komplett abgeräumt und soll unmittelbar nach der Fertigstellung völlig neu gestaltet werden. Dafür fand im Mai 2022 eine Bürgerbeteiligung statt. Die Menschen konnten vor Ort ihre Ideen für die Platzgestaltung einbringen. Zudem gab es eine Kinder- und Jugendbeteiligung. Jetzt stellt die Stadtverwaltung das Ergebnis der Planungen, das auf der Beteiligung fußt, öffentlich vor und möchte es mit der Bürgerschaft diskutieren. Dazu sind alle Interessierten am Dienstag, 15. November, von 19 Uhr an (Einlass ab 18.30 Uhr) herzlich eingeladen. Der Abend findet im Gemeindesaal St. Petrus Canisius statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Termin: Di, 15.11., 19 Uhr, Gemeindesaal St. Petrus Canisius, Auwaldstr. 94a

Gemeinderat in Kürze

50 000 Euro für Hocks und Feste

Mit einem Fonds in Höhe von 50 000 Euro will die Verwaltung künftig Feste und Hocks unterstützen, bei denen Ordner oder Wachpersonal im Einsatz sind. Die Mittel sollen in den Doppelhaushalt 2023/24 eingestellt werden. Gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Freiburg hatte die Verwaltung Ende 2019 das Konzept „Sicherheit bei Veranstaltungen von Vereinen und Vereinsgemeinschaften“ entwickelt – eine „Blaupause“ für Traditionsfeste wie die St. Georgener Weintage oder den Oberlinden-, Rathaus- und Herdermer Hock. Das Konzept legt Sicherheitsvorkehrungen wie etwa die Zahl der Ordner fest, steht aber aktuell bei den Vereinen in der Kritik, da die Auflagen für sie erhöhten Aufwand und Kosten bedeuten. Der Fonds soll ihnen eine Basis für die Feste der kommenden beiden Jahre geben – aus Sicht von SPD-Stadtrat Stefan Schillinger „ein großer Schritt nach vorne“. Der Beschluss wurde einstimmig getroffen.

Landesweites Jugendticket

Ab März 2023 wird es das landesweit gültige Jugendticket auch im Regio-Verkehrsverbund Freiburg geben – das beschloss der Gemeinderat mehrheitlich. Alle unter 21 sowie Personen bis 27 Jahren, die studieren, in Aus- oder Weiterbildung sind oder einen Freiwilligendienst leisten, können mit dem Ticket den ÖPNV in Baden-Württemberg rund um die Uhr nutzen. Das Ticket kostet sie jährlich 365 Euro.

Finanziert werden soll das Angebot durch die Förderung vom Land und durch eine Senkung der Finanzierungshilfen für die Schülerbeförderung. Darüber hinaus ergeben sich für die Stadt jährliche Belastungen von rund 360 000 Euro im Jahr 2023 und 240 000 Euro im Jahr 2024, die im Doppelhaushalt 2023/2024 berücksichtigt werden sollen.

Schutz von Mietern im Stadtteil Brühl

Gegen die Stimmen der CDU, FDP/BfF, Freien Wähler und der AfD hat der Gemeinderat beschlossen, für die Gebäude an der Zähringer Straße im Stadtteil „Brühl/Zähringen“ eine Soziale Erhaltungssatzung aufzustellen. Das bedeutet, dass bauliche Veränderungen wie Modernisierungen oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vorab von der Stadt genehmigt werden müssen. So will die Verwaltung verhindern, dass die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner eines Viertels durch höhere Mieten und Eigenbedarfskündigungen verdrängt werden.

Anlass für den Beschluss ist eine Bauvoranfrage für den Abriss eines Hauses mit drei Wohnungen, das durch einen Neubau mit acht höherwertig ausgestatteten Wohnungen ersetzt werden soll. „Wir wollen punktuell eingreifen“, so Baubürgermeister Martin Haag, „damit nicht bezahlbare Wohnungen verschwinden und dann wieder hochpreisig auf den Markt kommen.“

Neue Generatoren für Lviv

In den kommenden Wochen wird Freiburg vier weitere Stromgeneratoren in seine ukrainische Partnerstadt Lviv schicken, um dort die Stromversorgung aufrechtzuerhalten. Die Stadt hatte die Bundesregierung um Fördermittel angefragt – jetzt kam die gute Nachricht aus Berlin: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat 1,1 Millionen Euro für die Finanzierung der Generatoren zugesagt. „Das ist in diesen schlimmen Zeiten eine richtig gute Nachricht für unsere Partnerstadt“, freute sich OB Horn.

Partnerschaft mit Isfahan wird Thema

Im Iran geht das Regime gewaltsam gegen landesweite Proteste vor. Oberbürgermeister Martin Horn zeigte sich in der vergangenen Sitzung „fassungslos und voller Sorge“ zur Lage im Iran. Ob und wie die Partnerschaft mit der Stadt Isfahan aufrechterhalten werden kann, wird der Gemeinderat noch im Jahr 2022 debattieren. Nach Fraktionsanträgen hierzu wird die Verwaltung das Auswärtige Amt um Stellungnahme bitten und eine Vorlage vorbereiten.

Bebauungsplan beschlossen

Weil die zweite Baustufe des Rathauses im Stühlinger etwas größer wird als ursprünglich geplant, musste der Bebauungsplan „Neubau Verwaltungszentrum“ in Details geändert werden. Diesen hat der Gemeinderat jetzt mit großer Mehrheit beschlossen. (Gemeinderat, 8. November)

„Eine extreme Form der Ausgrenzung“

Wohnungslosigkeit in Freiburg – eine Einordnung

Wie sind die aktuellen Kapazitäten zur Unterbringung wohnungsloser Menschen? Wie kann die Verwaltung für sie neuen Wohnraum finden? Und braucht es eigentlich Wohnheime für wohnungslose Menschen? Darüber hat die Verwaltung den Gemeinderat kürzlich mit einem Grundsatzpapier informiert. Im Gespräch erklärt Claudius Heidemann, der Leiter der Wohnungsnotfallhilfe, weshalb man nicht auf Wohnheime verzichten kann und wo er das eigentliche Problem sieht.

Der Vermieter kündigt wegen Eigenbedarf, ein Paar trennt sich, ein Mensch wird schwer krank: Es gibt viele verschiedene Ursachen für Wohnungslosigkeit. Wer in diese Lage gerät, hat das Recht auf Hilfe, und die Stadt Freiburg kümmert sich um diejenigen, die keine Unterkunft haben. Die Wohnungsnotfallhilfe berät diese Menschen, begleitet mit Sozialarbeit und bietet ein Dach über dem Kopf. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten: Notfallübernachtung, Wohnheime und Vermittlung in Wohnraum.

Notfallübernachtung

In Notfallübernachtungen wie im Zentrum für wohnungslose Menschen „OASE“ in der Haslacher Straße bekommt jede und jeder abends ein Bett für die Nacht. Morgens müssen jedoch alle wieder auf die Straße. Die Zimmer sind nicht abschließbar, und man kann nicht entscheiden, mit wem man in einem Zimmer schläft. „Das ist kein Spaß“, ordnet Claudius Heidemann die Situation vor Ort ein. Es sei die letzte Option, bevor ein Aufenthalt auf der Straße drohe. Insgesamt stellt die Stadt 47 solcher Übernachtungsplätze bereit. In den Unterkünften gibt es einen Frauenbereich, zu dem Männer keinen Zutritt haben. Das dient dem Schutz der Frauen, die oft Gewalt erfahren haben. Rund ein Drittel der Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe in Freiburg ist weiblich.

Wohnheime

In den zehn städtischen Wohnheimen stehen 462 Plätze zur Verfügung. Hier haben alle Bewohnerinnen und Bewohner ein eigenes, abschließbares Zimmer. Zudem gibt es Gemeinschaftsküchen und -duschen. Diese Unterkünfte sind durchgehend voll belegt, und hier wohnen auch Menschen, die einer Arbeit nachgehen.

Mehrere Fraktionen aus dem Gemeinderat fordern die Abschaffung solcher Heime. Die Verwaltung schließt das in der Vorlage aus. Ziel ist aber, dass weniger Menschen auf Wohnheime angewiesen sind. Claudius Heidemann betont jedoch: „Bei allen wird das nicht funktionieren.“ So werden zum Beispiel für Menschen, bei denen noch nicht klar ist, wie es weitergehen kann, weiterhin mindestens 270 Wohnheimplätze benötigt – zur Bedarfsklärung. Für diese Gruppe ist die Sozialarbeit in den Heimen wichtig.

Weitere 190 Personen können nicht ohne Unterstützung in einer eigenen Wohnung leben. Oftmals leiden sie unter Sucht oder Krankheit. „Hier sind wir die letzte Auffangstation. Diese Menschen bekommen wir nicht ins System zurück“, so Heidemann. Sie seien auf Wohnheimplätze und die Betreuung dort angewiesen.

Doch für viele, die in einem solchen Heim leben, wäre eine eigene Wohnung die bessere Lösung. Sie benötigen keine Sozialarbeit, sondern einen Ort zum Leben. Aktuell gibt es 237 Menschen, die direkt in eigenständigen Wohnraum umziehen könnten, wenn es welchen gäbe – darunter viele Familien (110 Personen). „Das sind Menschen mit einem Einkommen, sie könnten sich in eine Hausgemeinschaft einfügen und sie sind in der Lage, amtliche Dinge zu erledigen“, erklärt der Leiter der Wohnungsnotfallhilfe. Billiger wäre es auch: Die Unterbringung kostet die Verwaltung durchschnittlich 899 Euro monatlich pro Person.

Derzeit dauert es durchschnittlich vier Jahre, bis jemand aus einem städtischen Heim eine eigenständige Wohnung angeboten werden kann. „Das ist viel zu lange“, so Heidemann. „In einem funktionierenden System könnten wir sie direkt in eine Wohnung vermitteln, und allen wäre geholfen.“

Eigene Wohnung

Um wohnungslose Menschen in Wohnraum unterzubringen, hat die Stadt mehrere Programme. So plant die Freiburger Stadtbau (FSB) den Bau von 44 Kleinstwohnungen, und will zehn Prozent der bei ihr pro Jahr frei werdenden Wohnungen an wohnungslose Personen vermieten. Beim „Handlungsprogramm Wohnen“ geht es darum, dass privater Wohnraum in Einfachstandard auf Kosten der Stadt saniert wird und diese dafür zehn Jahre Belegungsrecht hat. Insgesamt steht jedoch zu wenig Wohnraum zur Verfügung.

Wer ist wohnungslos?

„In der Öffentlichkeit gibt es ein völlig falsches Bild von Obdachlosigkeit“, betont Heidemann. Auf der Straße sichtbar sei nur ein Bruchteil der Menschen, die betroffen sind. Die meisten, die keinen Ort zum Wohnen haben, möchten nicht, dass man ihnen das ansieht. Dadurch werde Obdachlosigkeit zu einem nicht öffentlichen Problem. Einmal ohne Wohnung, ist es sehr schwierig, wieder auf dem regulären Wohnungsmarkt fündig zu werden.

„Ohne Briefkasten keine Post und ohne Zimmerwand kein Platz, um ein Bild aufzuhängen. Wohnungslosigkeit ist eine extreme Form der Ausgrenzung“, führt Heidemann aus. Sie treffe die unterschiedlichsten Menschen.

Wer für einen neuen Job nach Freiburg zieht und nicht direkt eine Wohnung findet, kann schnell in das System der Wohnungsnotfallhilfe rutschen. Auch Schicksalsschläge, Krankheit oder Trennung führen oft dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlieren. Für Alleinstehende mit geringem Einkommen und für große Familien ist es laut Heidemann dann in Freiburg fast unmöglich, eine Wohnung zu finden. So seien Familien mit mehr als fünf Personen besonders betroffen. Für sie gebe es im Stadtgebiet viel zu wenig Wohnungen und das Familienwohnheim in der Bötzingen Straße mit 160 Plätzen sei immer voll. Heidemann bedauert: „Viele Kinder und Jugendliche verbringen dort einen Teil ihrer Kindheit.“

Er hebt zudem hervor, dass die Gesundheitsversorgung obdachloser Menschen viel schlechter ist als die der Durchschnittsbevölkerung. Deshalb erfasst die Freiburger Wohnungsnotfallhilfe seit 2015 die Sterbedaten. Durchschnittlich sterben Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe in Freiburg im Alter von 50 Jahren.

Blick aufs große Ganze

In Deutschland sind aktuell 178 000 Menschen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht. Davon sind 41 Prozent alleinstehend, 33 Prozent im Familienverbund, 13 Prozent alleinerziehend. Drei Prozent sind Paare ohne Kinder. Insgesamt sind 62 Prozent männlich, 37 Prozent weiblich. Diese Zahlen hat das statistische Bundesamt im Juli dieses Jahres veröffentlicht. Besonders auffällig ist laut Heidemann der Unterschied zwischen den Ländern. Im Bundesvergleich waren in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils knapp 36 000 Personen die meisten Personen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht, gefolgt von Berlin mit knapp 26 000 Personen. Am wenigsten untergebrachte Wohnungslose wurden zum Stichtag für Sachsen-Anhalt (365 Personen) und Mecklenburg-Vorpommern (405 Personen) gemeldet. Während obdachlose Menschen so in Baden-Württemberg 0,33 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind es in Nordrhein-Westfalen 0,2 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 0,03 Prozent.

„Das wohlhabende Baden-Württemberg hat ein großes Problem mit Wohnungslosigkeit. In ganz Mecklenburg-Vorpommern gibt es ähnlich viele obdachlose Menschen wie in Freiburg. Das heißt was.“ Claudius Heidemann betont: „Obdachlosigkeit ist kein Freiburg-spezifisches Problem, aber hier ist es besonders schlimm.“ Er führt das auch auf das Verhältnis von Einkommen zu Mietpreisen zurück.

Zukunft in Freiburg

In Freiburg richtet sich der Blick nun auf die Zukunft: Was kann man besser machen? Die Fraktionen haben zum Grundsatzzpapier einige Ergänzungen beantragt und diese mit einer Mehrheit beschlossen. So übernimmt die Verwaltung folgende Aufträge: Im Jahr 2023 soll es eine Fachtagung zum Thema „Housing First“ geben. Bei diesem Konzept aus Nordamerika geht es darum, auch psychisch und suchtkranken Menschen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen und sie dort mit Sozialarbeit zu unterstützen.

Weitere Punkte aus den Ergänzungsanträgen: Bei Baumaßnahmen wird die FSB verstärkt auf flexible Grundrisse achten, die ein Zusammenlegen kleinerer Wohnungen zu größeren ermöglichen. Und sie wird bei der Entwicklung von Kleineschholz und Dietenbach ausreichend Wohnraum für große Familien einplanen. Außerdem soll die FSB bei der Vergabe von Wohneinheiten wohnungslose Familien mit mehr als fünf Personen besonders berücksichtigen und dafür zusätzlichen Wohnraum bereitstellen.

Heidemann sieht, was die Wohnungsnotfallhilfe in Freiburg die letzten Jahre geschafft hat. Mit der Oase sei eine besondere Fachstelle geschaffen worden. Hier gibt es Jobcenter und Fachberatung direkt vor Ort und aufsuchende Sozialarbeit für alle, die länger als drei Nächte dort sind. Vieles laufe besser als früher: Zum Beispiel dauerte es bis zu vier Wochen, eine Postersatzadresse zu bekommen, die man wiederum braucht, um Sozialleistungen zu erhalten. „Heute schaffen wir das in 90 Minuten, wenn alle nötigen Unterlagen vorliegen. Das ist einmalig.“

Trotzdem ist der Sozialarbeiter besorgt: „Die Perspektive ist keine gute. Das Thema wird uns noch viele Jahre beschäftigen.“ Dass gerade viele Menschen auf der Flucht sind, könne das Problem langfristig verschärfen. Denn Geflüchtete sind häufig von Obdachlosigkeit bedroht. Deutschlandweit haben derzeit 64 Prozent der Menschen in der Wohnungsnotfallhilfe eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Insgesamt ist es laut Heidemann wichtig, das Thema stadtplanerisch zu sehen, denn auch im sozialen Mietwohnungsmarkt gehe es „knallhart“ zu. Damit sich die Situation verbessere, brauche es einen institutionalisierten Zugang zu Wohnungen für die Wohnungsnotfallhilfe, so Heidemann. Die Vermittlungsquote habe sich durch die Zehn-Prozent-Quote der Stadtbau verbessert. Das sei also der richtige Ansatz, die Praxis zeige aber: „Es braucht mehr Wohnungen für die Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt niemals eine Chance haben.“ Im Jahr 2021 gelangen nur 16 Vermittlungen von Alleinstehenden. Claudius Heidemann fordert: „Wenn wir Wohnungsbau planen, müssen wir Obdachlosigkeit mitdenken.“ (Linda Widmann)

Kurz gemeldet

Studieren an einer Fernuni?

Ob neben dem Beruf, nach dem Abitur oder parallel zur Kindererziehung – ein Fernstudium passt zu vielen Lebenssituationen und ist für beruflich Qualifizierte auch ohne Abitur möglich. Der Wegweiser Bildung und die Fernuniversität in Hagen laden zu einer offenen Studienberatung am Samstag, 19.11., 10.30 bis 12.30 Uhr im Wegweiser Bildung am Münsterplatz 17 (Eingang Stadtbibliothek) ein.

www.wegweiser-bildung.de

Einstieg in den Job nach dem Studium

Wie bewerbe ich mich richtig? Wie baue ich mir berufliche Netzwerke auf? Was müssen Studierende aus dem Ausland beachten? Bei einem Themenabend am Montag, 28. November, 18 bis 20 Uhr, im Wegweiser Bildung in der Stadtbibliothek stehen das Team des Wegweisers Bildung, das Hochschulteam der Agentur für Arbeit, Arbeitgeber und die Anerkennungsberatungsstelle für Fragen zur Verfügung. Er richtet sich an junge Menschen, die nach dem Studium den Einstieg in den Arbeitsmarkt suchen.

Anmeldung per E-Mail an veranstaltung@wegweiser-bildung.de oder unter Tel. 0761 3 68 95 87

Netzwerken mit LinkedIn

LinkedIn hat sich als führende Plattform für berufliches Netzwerken entwickelt. Wie es gelingt, sich mit Kolleginnen, Kollegen und Unternehmen zu vernetzen oder Geschäftskontakte zu knüpfen, beantwortet ein Online-Seminar der Kontaktstelle Frau und Beruf am Mittwoch, 16. November, 17 bis 19 Uhr, mit der Volkswirtin und Karriereberaterin Ilona Rau. Es ist Teil der Reihe „Wiedereinstieg kompakt“ und richtet sich an Frauen, die nach einer Familienphase oder beruflichen Auszeit wieder erwerbstätig werden wollen.

Die Teilnahme ist kostenfrei, die Anzahl der Plätze begrenzt. Anmeldung und Infos: www.freiburg.de/frauundberuf

Einblick in die Stadtverwaltung

Die Kontaktstelle Frau und Beruf – Südlicher Oberrhein lädt Frauen am Montag, 28. November, 10 bis 12 Uhr, dazu ein, die Stadtverwaltung Freiburg kennenzulernen. Als „Unternehmen“ ist die Stadt bereits 902 Jahre alt. Ob Geburtsurkunde, Reisepassantrag oder Parkausweis: Kommunale Aufgaben begleiten die Menschen vom Anfang bis ans Ende ihres Lebens. Die Vielfalt dieser Aufgaben zeigt sich in einer großen Zahl an unterschiedlichen Berufsbildern und Berufswegen. Ohne die mehr als 4000 Mitarbeitenden steht der „Laden Freiburg“ buchstäblich still. Bei dem Termin informieren Personalverantwortliche über die vielseitigen Arbeitsfelder, stellen konkrete (Quer-)Einstiegsbeispiele vor und laden zu einem Rundgang durch das neue Rathaus im Stühlinger ein. Die Veranstaltung ist Teil der Reihe „Unternehmenseinblicke vor Ort“, die einen Blick hinter die Kulissen von regionalen Betrieben bietet.

Die Teilnahme ist kostenfrei, die Anzahl der Teilnehmerinnen begrenzt. Anmeldung unter www.freiburg.de/frauundberuf

Freiburger Holzbaupreis erstmals verliehen

Auszeichnung für fünf innovative und zukunftsweisende Projekte im Neubau und Bestand

Die Universität Freiburg und das Projekt „Buggi 52“ sind die ersten Preisträger des neu ausgelobten Freiburger Holzbaupreises. Bei einer feierlichen Veranstaltung im Waldhaus überreichten die Juryvorsitzende Professorin Elke Reichel und Baubürgermeister Martin Haag die Urkunden und Pokale.

Baubürgermeister Martin Haag betonte bei der Verleihung die Bedeutung des modernen Holzbaus für Innovation und Effizienz im Bausektor. Die Stadt Freiburg fördere aktiv die Nutzung dieses qualitativ hochwertigen, ökologischen Rohstoffs, der zudem in der Schwarzwaldregion regional verfügbar sei und eine lange Tradition habe. Holger Ratzel, Leiter des städtischen Baurechtsamts, das den Wettbewerb veranstaltet, zeigte sich sehr zufrieden mit der Resonanz auf die erstmalige Ausschreibung. Die eingegangenen Einsendungen zeigten überzeugend die Leistungs- und Anwendungsvielfalt des Baustoffs Holz.

Der mit 7000 Euro dotierte erste Preis in der Kategorie „Bauen im Bestand“ ging an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Im „Gebäude 051“ der Technischen Fakultät an der Messe wurde das Dachgeschoss in Büroräume umgebaut – denkmalgerecht, von außen unscheinbar, aber innen mit „Aha-Effekt“: Die neuen Räume, so die Begründung der Jury, erinnerten mit ihrem Gespür für Material und Detail „eher an Wellness als an Büroarbeit“.

Den gleich hoch dotierten ersten Preis in der Kategorie „Neubau“ erhielt das Projekt „Buggi 52“, ein achtgeschossiges Wohn- und Geschäftshaus in Weingarten. Vom ersten Obergeschoss an ist dieses innovative Bauvorhaben einschließlich der Treppenhäuser und des Aufzugsschachtes in Holz errichtet und hat somit eine Leuchtturmfunktion für den Holzbau weit über die Freiburger Stadtgrenzen hinaus. Die Bebauung rund um den Else-Liefmann-Platz könnte sich zu einer Pilgerstätte für alle an nachhaltiger Architektur Interessierten entwickeln: Gleich nebenan steht mit der „Buggi 50“ das erste auf Passivhausstandard sanierte Hochhaus Deutschlands.

Anerkennungen erhalten das Adolf-Reichwein-Bildungshaus, ebenfalls in Weingarten, das Bürogebäude der Firma Sutter in Littenweiler sowie das Freiburger Münster für die Restaurierung des historischen Glockenstuhls. An Freiburgs Wahrzeichen ist exemplarisch abzulesen, dass heimische Hölzer über viele Jahrhunderte als Tragwerk dienen können und damit als CO₂-Speicher unschlagbar sind. Das verdeutlicht aktueller denn je, dass Holz als Baumaterial historisch wertvoll und zukunftsfähig ist und einen hervorragend nachhaltigen Beitrag im Baugeschehen leisten kann.

Bei der erstmaligen Auslobung des Freiburger Holzbaupreises waren Projekte zugelassen, die von 2012 bis 2021 im Stadtgebiet fertiggestellt wurden. Die Bewertungskriterien reichten von gestalterischer und konstruktiver Qualität, Innovationskraft, Energieeffizienz und Klimabilanz bis zu einer werkstoffgerechten Verwendung von Holz und der Regionalität der Baustoffe.

Der Holzbaupreis soll zukünftig alle fünf Jahre vergeben werden. Nähere Informationen zum Preis und zu den ausgezeichneten Projekten gibt es im Internet:

www.freiburg.de/holzbaupreis

Der Weg weg von Gas und Öl

Im Rahmen des Förderprogramms „Klimafreundlich Wohnen“ lädt die Stadt am 21. und 25. November ein zur Beratungswoche rund um das Thema „Weg von Gas und Öl – Wärmeeinsparung im Gebäude“.

Zunächst findet am Montag, den 21. November, von 18 bis 19.30 Uhr ein Online-Infoabend statt. Dabei gibt der Architekt und Energieberater Michael Sellner einen Überblick über aktuelle Lösungen zur effektiven Verringerung des Wärme- und Warmwasserverbrauchs und zeigt, wie man sinnvoll und effizient Wärme einsparen kann. Zusätzlich präsentiert Niklas Hinrichsen von der Energieagentur Regio Freiburg Spartipps und sagt, was sie wirklich bringen. Im Anschluss stehen die Fachleute für eine Fragerunde zur Verfügung. Der kostenfreie Infoabend findet ab 18 Uhr online via Webex statt.

Anmeldung unter: www.energieagentur-regio-freiburg.eu/beratungswoche-3-infoabend

Spezifische Fragen rund um geplante Sanierungsvorhaben beantworten zertifizierte Energieberatungsfachleute am Freitag, den 25. November. Von 13 bis 16.30 Uhr bieten sie ihre individuellen und kostenlosen Beratungen an. Das Angebot richtet sich an Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohngebäuden in Freiburg. Die Gespräche finden entweder online via Zoom oder vor Ort im Rathaus im Stühlinger, Fehrenbachallee 12, statt.

Anmeldung unter: www.energieagentur-regio-freiburg.eu/beratungswoche-3-beratungsnachmittag

Kurz gemeldet

Eine Million Euro für die Innenstadt

Im Rahmen seines Programms „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ hat der Bund jetzt den Freiburger Förderantrag mit einem Volumen von genau 1,18 Millionen Euro bewilligt und damit den Bundeszuschuss von 75 Prozent – das sind genau 885 000 Euro – verbindlich freigegeben. Oberbürgermeister Martin Horn zeigte sich hocherfreut: „Mit diesem Zuschuss können wir unsere Innenstadt mit konkreten Projekten weiter stärken.“ Die Federführung liegt beim Stadtplanungsamt. „30 Prozent des Fördervolumens können direkt in investive Projekte fließen. Das wird in Freiburg der Sanierung des Colombiparks zugutekommen“, erläutert Baubürgermeister Martin Haag. Eine enge Zusammenarbeit besteht dabei mit der FWTM, die auch einzelne Projektbausteine wie die Einrichtung von Pop-up-Stores, eine Innenstadt-Website oder eine City-Initiative als Organisationsplattform für die Händler und Gewerbetreibenden der Innenstadt betreuen wird.

Sonnenstrom in den Tank

Was es bei Solarenergie zu beachten gilt und wie der Sonnenstrom in den Tank kommt, darum geht es bei einer Infoveranstaltung am Dienstag, 15. November, von 18.30 bis 20.30 Uhr im Onlineformat. An dem Abend werden die wichtigsten Schritte zur eigenen Photovoltaikanlage erklärt. Ein Schwerpunkt liegt anschließend darauf, wie mit der zu Hause gewonnenen Energie E-Autos geladen werden können. Fachleute geben einen Einblick, was es bei Planung, Kauf und Betrieb einer Lade-Infrastruktur zu beachten gibt. Zudem gibt es Infos rund um das Förderprogramm „Klimafreundlich Wohnen“, über das Photovoltaikanlagen und Batteriespeicher bezuschusst werden können.

Anmeldung: www.earf.de oder per Telefon unter 0761 79 17 70

Energiekarawane länger unterwegs

Aufgrund der großen Nachfrage hat das Umweltschutzamt die Energiekarawane in Waltershofen verlängert. Alle, die sich über die Möglichkeiten einer energetischen Sanierung ihres Hauses informieren wollen, haben jetzt noch bis 2. Dezember die Gelegenheit, einen Termin für eine individuelle Beratung im eigenen Haus zu vereinbaren. Dabei werden energetische Schwachstellen und entsprechende Optimierungsmaßnahmen samt Fördermöglichkeiten erläutert. Die Beratung ist anbieter- und produktneutral sowie kostenfrei.

Terminvereinbarung per E-Mail an: energiekarawane@fesa.de

Neuer Kanal in der Eisenbahnstraße

Die Stadtentwässerung Freiburg erneuert den teilweise über 100 Jahre alten Abwasserkanal in der Eisenbahnstraße. Gearbeitet wird auf etwa 130 Metern in offener Bauweise. Die Eisenbahnstraße wird dazu zwischen der Bismarckallee und Poststraße in zwei nacheinander erfolgenden Bauabschnitten gesperrt. Sichere Rad- und Fußwege entlang der Baustelle sind in allen Bauphasen gewährleistet. Die Arbeiten dauern voraussichtlich bis Ende Februar 2023.

„Er ist ein Kind seiner Zeit“

Ausstellung zeigt Werke Großmanns im Zusammenspiel mit zeitgenössischen Fotografien

Eine Ausstellung im Museum für Neue Kunst stellt Werke Rudolf Großmanns Fotografien der Kunststiftung DZ Bank gegenüber. Im Fokus der Schau „Phänomen Großmann trifft auf künstlerische Fotografie“ steht der Einfluss der Fotografie auf das Schaffen des Künstlers.

„Ein Kind seiner Zeit“, so beschreibt Isabel Herda, eine der Ausstellungskuratorinnen, den Künstler Rudolf Großmann (1882–1941). Dieser schuf innerhalb von vier Jahrzehnten ein umfangreiches Werk und war wegen seiner spitzen Feder ein bekannter und gefürchteter Beobachter des Zeitgeschehens.

Zu Lebzeiten in einer Reihe genannt mit Otto Dix, George Grosz oder Ernst Ludwig Kirchner, kennen ihn heute nur noch wenige. Die Ausstellung „Phänomen Großmann trifft auf künstlerische Fotografie“ nimmt das zum Anlass und stellt ihn aus heutiger Perspektive neu vor. Die Gegenüberstellung mit aktueller künstlerischer Fotografie macht es möglich, einen Zeitsprung von hundert Jahren sichtbar zu machen. Zu sehen sind 114 Werke von 20 Künstlerinnen und Künstlern, darunter 31 zeitgenössische Werke.

Perspektive und Schatten

Die Ausstellung beschreibt das „Phänomen Großmann“. Laut Herda war der Künstler eine „Ausnahmeerscheinung“ – immer vor Ort, um Menschen zu porträtieren und Situationen zu erfassen. Großmann war „jemand, der dabei ist, aber auch am Rande steht und beobachtet“, so Herda. Gezeichnet hat er so auch den Künstler Max Beckmann, umringt von Menschen (oben links). Großmann lässt ihn durch seine Position in der Gruppe machtvoll wirken. In der Ausstellung stehen diesem Werk Schwarzweißfotografien mit Willy Brandt von Barbara Klemm gegenüber. Auch im Bild vom Treffen Brandts mit Leonid Breschnew in Bonn 1973 (oben rechts) entsteht durch den Aufbau des Bildes und die Position Brandts in der Gruppe eine machtvolle Atmosphäre. Großmann und Klemm bedienen sich ähnlicher Mittel, um Personen darzustellen.

Einfluss der Fotografie

Dietmar Mezler, Kurator von der Kunststiftung DZ Bank, erklärt: „Der Fotograf nimmt die Welt durch seine Kamera wahr.“ Dieser fotografische Blick sei auch schon bei Großmann erkennbar. Der Künstler spielte auch in seinen Malereien wie in „Schlagschatten auf der Straße“ (Mitte) mit Schatten und Perspektiven, mit Kontrasten und Blickrichtungen.

Großmann zeichnete in seiner Mappe „Zeitgenossen“ Gesichter aus den 1920er-Jahren. Für die Porträts Thomas Manns und Benito Mussolinis nutzte er Fotografien als Vorlage. Er stellte die Personen isoliert dar, nicht selten mit Ironie, aber auch mit Ehrfurcht und Sensibilität. Dem Werk gegenüber steht in der Ausstellung eine Arbeit von Sven Johné „Anomalien des frühen 21. Jahrhunderts/Einige Fallbeispiele“. Diese zeigt Fotografien von bekannten und unbekannt Personen. Die Porträts hat Johné im Internet gefunden und ordnet sie reportageartigen Berichten, Parodien oder Zitaten zu. Manche davon sind wahr, manche nicht – „aber alle enthalten Spuren von Wahrheit“, so Ausstellungskuratorin Lisa Bauer-Zhao.

Offen bleibt, wie die Auswahl der Künstler zustande kam und ob sie ein Abbild der Gesellschaft wiedergeben. Fest steht laut Bauer-Zhao: „Beide sind in ihrer Zeit verhaftet.“ Damit gelingt, was Christine Litz, Leiterin des Museums, als den Anspruch der Ausstellung beschreibt: „Die Bilder in die Jetztzeit holen und auch in ihrer Zeit stehen lassen können.“

www.freiburg.de/museen Museum für Neue Kunst, Marienstraße 10a. Öffnungszeiten: Di–So: 10–17 Uhr, Do bis 19 Uhr. Der Eintritt kostet 7 Euro, ermäßigt 5 Euro. Unter 27 Jahren ist der Eintritt frei.

Kurz gemeldet

Mehr Zeit für die Grundsteuer

Die Abgabefrist für die Grundsteuererklärung wird um drei Monate verlängert. Das haben die Finanzminister der Länder entschieden. Statt wie geplant zum Ende Oktober müssen die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken ihre Erklärung (Grundsteuer B) nun bis zum 31. Januar 2023 beim Finanzamt abgeben. In Baden-Württemberg sind bislang erst 30 Prozent der abzugebenden Erklärungen eingegangen.

Die Daten, die man für die Erklärung braucht, sind auf der zentralen Internetseite unter www.grundsteuer-bw.de zu finden. Dort gibt es auch Schritt-für-Schritt-Ausfüllanleitungen, Erklärvideos und Beispielfälle.

www.grundsteuer-bw.de oder unter Tel. 0761 407361

Benefizkonzerte für die Ukraine

Unter dem Motto „Tanzende Töne“ lädt die Musikschule im Haus der Jugend in der Uhlandstraße 2 zu vier Benefizkonzerten zugunsten der Ukraine ein. Die interaktiven Familienkonzerte am Samstag, 19. November, 15 und 17 Uhr, sowie am Sonntag, 20. November, um 11 und 15 Uhr, machen Musik von Bach bis Offenbach zu einem Erlebnis für alle Sinne. Sie laden Menschen ab vier Jahren dazu ein, gemeinsam mit den Musikerinnen und Musikern in eine zauberhafte Welt von Klängen, Farben und Bewegungen einzutauchen.

Der Eintritt ist frei, Spenden willkommen. Begrenzte Plätze, Reservierung von Gratistickets unter: info@musikschule-freiburg.de, Restplätze an der Konzertkasse.

Versteigerung von Fundsachen

Am Montag, 28. November, werden ab 13 Uhr rund 85 Fundfahräder sowie Fundschmuck und Fundsachen öffentlich gegen Barzahlung versteigert. Die Versteigerung findet im Haus der Begegnung, Habichtweg 48, in Landwasser statt. Die Fahrräder können vor Ort von 12 bis 13 Uhr besichtigt werden. Zum Versteigerungsbetrag wird ein Aufgeld von zehn Prozent erhoben.

Amerikanische Faulbrut

Nach dem Ausbruch der Amerikanischen Faulbrut bei einem Bienenstand im Juni ist jetzt ein zweites Bienenvolk von der bakteriellen Infektionskrankheit befallen. Daher wird der Sperrbezirk um die betroffenen Bienenvölker über den Winter weiter aufrechterhalten. Was jede und jeder tun kann? Honig von befallenen Bienenvölkern enthält viele Bakteriensporen und darf auf keinen Fall an Bienen verfüttert werden. Deswegen ungespülte Honiggläser nicht in den Glascontainer werfen und Honigreste für Bienen unzugänglich über den Restmüll entsorgen. Für Menschen sind die Sporen ungefährlich, der Honig bleibt für den Verzehr geeignet.

Verordnungstext unter: www.freiburg.de/bekanntmachungen

Namen und Nachrichten

Christine Litz (Mitte), Direktorin des Museums für Neue Kunst, ist seit 1. Oktober kommissarische Leitende Direktorin der Städtischen Museen Freiburg. Ihre Stellvertretung übernimmt bis Ende April 2023 die frühere Direktorin des Archäologischen Museums Colombischlössle Beate Grimmer-Dehn. Das Augustinermuseum mit dem Museum für Stadtgeschichte als Außenstelle wird bis Ende März 2023 kommissarisch von Peter Kalchthaler geleitet. Die kommissarische Neubesetzung der Stellen war nötig geworden, weil der bisherige Leitende Direktor Tilmann von Stockhausen in seine Heimatstadt Lübeck zurückgekehrt ist.

Voraussichtlich im Frühjahr 2023 übernimmt dann Jutta Götzmann das Amt der Leitenden Direktorin der Städtischen Museen in Personalunion mit der Leitung des Augustinermuseums. Der Gemeinderat wählte sie einstimmig in seiner jüngsten Sitzung. Die promovierte Kunsthistorikerin ist seit November 2008 Gründungsdirektorin des Potsdam Museums – Forum für Kunst und Geschichte. Sie leitet dort die Sammlung für die Kunst vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart mit den Abteilungen Skulptur, Malerei und Grafik.

Die Stadt Freiburg trauert um Altstadtrat Albrecht Götz von Olenhusen, der im Alter von 86 Jahren verstarb. Der promovierte Jurist gehörte von 1980 bis 1994 sowie als Nachrücker in den Jahren 1998/99 für die SPD dem Gemeinderat an. Er war seit Anfang der 1970er-Jahre als Rechtsanwalt mit einer eigenen Kanzlei in Freiburg tätig und war bekannt als Experte für Medien-, Verlags- und Urheberrecht.

Kurz vor seinem 75. Geburtstag verstarb unerwartet Detlef Zinke, der ehemalige kommissarische Direktor des Augustinermuseums. Der Kunsthistoriker war viele Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums und leitete es von 2002 bis 2008. Als Kurator war er für zahlreiche wichtige Sonderausstellungen verantwortlich und konzipierte viele Bereiche der Dauerausstellung neu. Das Team der Städtischen Museen verliert nicht nur einen langjährigen, vertrauten Kollegen, sondern auch einen wichtigen und geschätzten Ratgeber.

Ein blauer Farbkleck in der Ahnengalerie

Über vier Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt hängt im Rathausflur vor dem Dienstzimmer des Oberbürgermeisters jetzt auch ein Porträt von Dieter Salomon. Warum es so lange gedauert hat, wurde der Alt-OB gefragt: „Ich habe ein gespaltenes Verhältnis zu Ordensverleihungen“, lautete die offene Antwort. Salomons „passive Starre“ durchbrach erst sein langjähriger Weggefährte und Bürgermeisterkollege Ulrich von Kirchbach. Der stellte drei Kunstschaffende zur Wahl. Für Salomon war die Entscheidung leicht: „Mir war sofort klar, dass es Thomas Kitzinger macht.“ Der Reinhold-Schneider-Preisträger des Jahres 2010 griff aber nicht sofort zum Pinsel, sondern zum Fotoapparat. Aus vielen ganz unterschiedlichen Posen und Gesten kristallisierte sich im künstlerischen Schaffensprozess dann die vielleicht typischste heraus: stehend, die Hände in den Taschen, offenes Sakko, weißes Hemd. Und das Ganze so fotorealistisch, dass man fast zweimal schauen muss, welches der echte ist (kleiner Tipp: der rechte Salomon ist aus Fleisch und Blut). Auch Salomons Nachfolger Martin Horn schien das Bild zu gefallen – sollte es auch: Er wird es künftig täglich sehen – genau wie das von Rolf Böhme, der seine Nachfolger hier kritisch zu beäugen scheint.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de